



Bürgerbewegung pro Köln e.V.
in der Vertretung des Stadtbezirkes Kalk

pro Köln – Kalker Hauptstraße 247 - 273 – 51103 Köln

Herrn Bezirksbürgermeister
Markus Thiele
Kalker Hauptstraße 247 - 273
51103 Köln

Herrn Oberbürgermeister
Jürgen Roters
Hist. Rathaus
50667 Köln

Markus Wiener
Telefon: 0221 / 221 - 9 15 12
Telefax: 0221 / 221 - 9 15 15

Eingang beim Bezirksbürgermeister: 19.04.2011

AN/0841/2011

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Bezirksvertretung 8 (Kalk)	05.05.2011, TOP 7.2

Autonomes Zentrum schnellstmöglich räumen!
Antrag des Bezirksvertreters Wiener (pro Köln) vom 19.04.2011

Sehr geehrter Herr Bezirksbürgermeister,

die Bürgerbewegung pro Köln in der Bezirksvertretung Kalk bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung zu setzen:

Die Bezirksvertretung fordert die Sparkasse Köln/Bonn als Eigentümerin der streitgegenständlichen Liegenschaft (ehemalige KHD-Kantine) in der Wiersbergstraße auf, die Zwischennutzungsvereinbarung mit dem Verein der linksextremen Hausbesetzerszene schnellstmöglich zu beenden und erneut einen Räumungstitel für das besetzte Haus zu erwirken. Ferner wird das Polizeipräsidium Köln aufgefordert, bei erneutem Vorliegen eines Räumungstitels dann umgehend alle notwendigen polizeilichen Maßnahmen zur tatsächlichen Räumung zu ergreifen und nicht wieder „auf Zeit zu spielen“ und den Ball an die Politik zurück zu geben. Die Bezirksvertretung bittet auch die städtischen Vertreter im Polizeibeirat, in diesem Sinne tätig zu werden.

Zur Begründung: Mit dem Versuch, das Autonome Zentrum zu räumen, sind Verwaltung, Sparkasse und die Polizei zuletzt dramatisch gescheitert. Anstatt den Rechtsstaat durchzusetzen, wurde in einem jeglicher Rechtsstaatlichkeit Hohn sprechenden Akt der status quo der illegalen Besetzung mit einem Mietvertrag zwischen den Linksextremisten und der Sparkasse Köln/Bonn gefestigt und die illegale Besetzung damit nachträglich hoffähig gemacht.

Nicht zuletzt die Anwohnerversammlung am 14. April 2011 hat aber deutlich gemacht, dass die illegale Besetzung des Hauses in der Wiersbergstraße und die Etablierung einer linksextremen Hausbesetzerszene im Umfeld des Autonomen Zentrums keinesfalls im öffentlichen

Interesse liegen. Vielmehr sind die Bürger in Angst und Sorge um ihre Sicherheit und den Werterhalt ihrer Immobilien. Auch die Zustände innerhalb des besetzten Zentrums können schlichtweg als skandalös bezeichnet werden, wie auch die Presseveröffentlichungen der letzten Tage belegen. Ein Festhalten an der fadenscheinig legalisierten Hausbesetzung durch Linksextremisten steht also im Gegensatz zu Rechtstaatlichkeit, Gemeinwohl und Anwohnerinteresse, da die von PRO KÖLN prognostizierten negativen Auswirkungen einer solchen Hausbesetzerszene leider vollumfänglich eingetreten sind.

Eine schnelle Räumung des Autonomen Zentrums ist also nötiger denn je. Nun müssen den wohlfeilen Worten der etablierten Parteien auf der Bürgerversammlung am 14. April und in der Presse auch Taten folgen!

gez. Markus Wiener